

# Bremens Luft muss sauberer werden

Beim Feinstaub können EU-Vorgaben eingehalten werden, beim Stickoxid nicht / Verschärfte Umweltzone?

**Das Bremer Umweltressort prüft momentan, wie wirksam die Umweltzone ist. Nach den Feinstaub-Werten des vergangenen Jahres würde Bremen die EU-Vorgaben einhalten können. Bei den Stickoxiden sieht das allerdings noch anders aus. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) fordert, die Umweltzone zu verschärfen.**

VON JULIA FRESE UND NORBERT HOLST

**Bremen.** „Für uns liegt im Moment das Hauptaugenmerk darauf, die Wirksamkeit der Umweltzone nachzuweisen“, sagt Umweltsenator Joachim Lohse. Dies geschehe, um die bisherige Größe der Umweltzone zu erhalten. Unternehmensverbände plädieren seit 2009 dafür, die Bremer Umweltzone zu verkleinern oder ganz abzuschaffen. Einen Bericht mit ersten Ergebnissen darüber, wie viel sauberer die Luft aufgrund der Umweltzone tatsächlich ist, erwartet der Senat 2014. Die Feinstaubwerte hätten nach bisheriger Messung im vergangenen Jahr den EU-Richtlinien entsprochen, sagt Lohse. Die Stickoxidmenge in der Bremer Luft sei nach EU-Richtlinien dagegen noch zu hoch. „Da es aber tendenziell ein Milligramm pro Jahr weniger wird, rechnen wir nicht mit Strafzahlungen der EU“, sagt der Umweltsenator.

Dieter Mazur, der Bremer Landesvorsitzende des Bund für Umwelt und Natur-

schutz (BUND) fordert, den Bereich zwischen der Pfalzburger Straße in Hastedt und der Nordstraße in Walle zur Umweltzone zu erklären. Diese Ausweitung sei wegen des hohen Lkw-Verkehrs in den betreffenden Straßen nicht möglich, sagt Lohse. Die Stadt setze darauf, das Radwegenetz zu verbessern sowie über aufeinander abgestimmte Ampelschaltungen und mit modernen Filtern ausgerüstete Busse die Emissionen zu begrenzen.

Bundesweit gibt es mehrere Initiativen zur Verbesserung der Luftqualität. So haben 144 Städte und Gemeinden mittlerweile Luftreinhalte- und Aktionspläne aufgestellt. Die Pläne können Maßnahmen wie etwa die Förderung von Bussen und Bahnen vorsehen, beispielsweise aber auch mit der Ausweisung von Umweltzonen den Verkehr einschränken. Mittlerweile haben mehr als 60 Städte und Ge-

meinden eine Umweltzone ausgewiesen, überwiegend liegen sie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. In Niedersachsen gibt es innerstädtische Umweltzonen in Hannover und Osnabrück.

Ein anderer Ansatz ist die Schaffung von Tempo-30-Zonen. Der erste Modellversuch startete 1983 in Buxtehude. In Würzburg hat jetzt ein Aktionsbündnis aus Umweltschützern und Verkehrsvereinen einen Antrag gestellt, die Innenstadt als Tempo-30-Zone auszuweisen. Europaweit versucht derweil ein Netzwerk von 68 Organisationen ein EU-weites Volksbegehren für Tempo 30 auf die Beine zu stellen. Das Ziel: Eine Höchstgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern soll in Städten zur Regel werden, Tempo 50 die Ausnahme.

Auch für die Binnenschifffahrt und für Baumaschinen fordert der BUND Bremen umweltfreundlichere Lösungen. Laut Um-

weltsenator Lohse werde in Bauausschreibungen der Stadt darauf hingewiesen, dass die verwendeten Baumaschinen moderne Umweltstandards erfüllen müssten. Außerdem werde diskutiert, Binnenschiffe mit Rußfiltern nachzurüsten. Nach wie vor wird der Großteil der in Deutschland verkehrenden Binnenschiffe mit Dieselmotoren angetrieben, bei Güter- und Fahrgastschiffen sind es fast 100 Prozent. Sie emittieren in hohem Maße Feinstaub und Stickoxide.

Eine solche Nachrüstung sei allerdings nicht billig, sagt Ralph Saxe, Grünen-Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft. „Wir hoffen, dass der Bund und die EU den Reedereien hierbei finanzielle Beihilfe leisten werden.“ Ein weiteres Modell könnte auch sein, dass Reedereien mit umweltfreundlichen Schiffen niedrigere Hafengebühren zahlen müssen.

Das Bundesverkehrsministerium hat 2007 ein „Förderprogramm für emissionsärmere Dieselmotoren von Binnenschiffen“ aufgelegt. Bislang wurden nach Angaben des Ministeriums mehr als 850 Förderanträge gestellt. Eine Förderung von Partikelfiltern gegen Rußemissionen ist nicht in Sicht. In einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen heißt es: „Die Bundesregierung plant derzeit kein speziell auf Rußfilter für Schiffe ausgerichtetes Förderprogramm.“

Kommentar Seite 2

## Entschärfte Umweltzone in Amsterdam

■ **Über Sinn und Nutzen von Umweltzonen wird heftig gestritten – was sich auch in der Gesetzgebung widerspiegelt. Amsterdam beispielsweise plante noch im Jahr 2008 eine scharfe Reglementierung für das Befahren der Innenstadt. Doch die ange-dachte Umweltzone für Pkw wurde schließlich aufgeweicht und trat letztlich nur für dieselgetriebene Transportfahrzeuge mit**

**mehr als 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht in Kraft (die zulässigen Abgas-Grenzwerte wurden im Juli verschärft). Grund waren Untersuchungen, die belegten, dass die Feinstaubemissionen durch Pkw vergleichsweise gering sind. Auch der ADAC weist darauf hin, dass die Abgase von Personenkraftwagen für lediglich neun Prozent des Feinstaubes verantwortlich seien.** bz